



# KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung  
vom 11. Januar 2012

## Aus Berlin

---

### Schönheitsoperationen: Spahn fordert gesetzliche Regelung

Nach dem Bekanntwerden fehlerhafter Brustimplantate will der CDU-Gesundheitsabgeordnete Jens Spahn den Begriff „Schönheitschirurgie“ gesetzlich schützen lassen und ins ärztliche Berufsrecht aufnehmen lassen. Zudem sprach er sich für ein Verbot nicht notwendiger Schönheitsoperationen an Minderjährigen aus. Die Neuregelungen sollen laut Spahn im Patientenrechtegesetz aufgenommen werden, das 2013 in Kraft treten soll.

Der Präsident der Bundesärztekammer (BÄK), Dr. Frank Ulrich Montgomery, widersprach Spahn. Bereits 2005 hätte der Deutsche Ärztetag beschlossen, in der Weiterbildungsordnung die Facharztbezeichnung „Plastische Chirurgie“ um den Zusatz „Ästhetische“ zu erweitern. „Die Anpassung zeigt, dass wir eine bundesweit einheitliche Facharztqualifikation zur Ausübung plastisch-ästhetischer Operationen haben“, sagte Montgomery. Er stellte klar, dass Ärzte, die ohne hinreichende Qualifikation Schönheitsoperationen durchführen, berufswidrig handelten.

Die Kosten für eine Entfernung fehlerhafter Brustimplantate übernehmen dem Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zufolge die Krankenkassen. Dabei spiele es keine Rolle, ob sich Frauen die Implantate aus medizinischen oder ästhetischen Gründen hätten einsetzen lassen. Im letzteren Fall allerdings müssten sie sich an den Kosten der Entfernung beteiligen. (Agenturmeldung, 10. Januar; [Pressemitteilung des GKV-Spitzenverbandes, 9. Januar](#); [Pressemitteilung der BÄK, 10. Januar](#)).

### Pflegereform: Koalition plant zwei Gesetze

Die Bundesregierung will die geplante Reform der Pflegeversicherung in zwei Teile aufspalten und damit ein Scheitern der Reform im Bundesrat verhindern. Das berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) und berief sich dabei auf Aussagen von Koalitionspolitikern. Demnach solle das Bundesgesundheitsministerium ein Gesetz ausarbeiten, um Leistungsverbesserungen für Demenzzranke und eine Erhöhung des Beitragssatzes zu regeln. In einem zweiten Gesetz solle das Bundesfinanzministerium die Art und Höhe vorgeben, mit der eine private Pflegevorsorge zukünftig staatlich gefördert werden solle.

Mit der Aufspaltung der Pflegereform in zwei Gesetze wolle die Koalition geplante Leistungsverbesserungen für demenzzranke Patienten retten, heißt es in dem Zeitungsartikel. Denn nur das Gesetz, das die private Vorsorge behandelt, sei im Bundesrat zustimmungspflichtig. In den vergangenen Monaten hatte die SPD damit gedroht, gegen die Pläne einer steuerlich geförderten privaten Pflegeversicherung zu stimmen. Eine steuerliche Förderung sei der falsche Weg und werde zu mehr sozialer Ungerechtigkeit führen, lautete die Begründung. (FAZ, 6. Januar; Handelsblatt, 3. Januar)

### MVZ: Regierung verteidigt strengere Gründungsvoraussetzungen

Die Bundesregierung verteidigt die zu Jahresbeginn geänderten Gründungsvoraussetzungen für Medizinische Versorgungszentren (MVZ). Ziel sei es, „noch besser als bisher zu gewährleisten,

dass sich die ärztliche Tätigkeit im MVZ allein an medizinischen Vorgaben orientiert“, schrieb die Regierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Das am 1. Januar in Kraft getretene Versorgungsstrukturgesetz regelt, dass der ärztliche Leiter eines MVZ entweder als angestellter Arzt oder Vertragsarzt tätig sein muss. Allerdings kann die Regierung nach eigener Aussage nicht belegen, dass die Unabhängigkeit ärztlicher Entscheidungen durch wirtschaftliche Interessen von Investoren beeinträchtigt wird. Dies lasse sich „kaum datenmäßig erfassen“, heißt es in dem Schreiben. ([Heute im Bundestag, 9. Januar](#))

## Aus KBV und KVen

---

### Fachtagung zur Arzneimitteltherapiesicherheit: Anmeldefrist endet am 18. Januar

Noch bis zum 18. Januar können sich Ärzte und Patienten für die Kooperationstagung „Arzneimitteltherapiesicherheit – Herausforderung für die ambulante Versorgung“ anmelden. Die von der KBV organisierte Veranstaltung findet am 25. Januar in Berlin statt und thematisiert unter anderem neue Ideen und Strategien in der Arzneimitteltherapie multimorbider und alter Patienten. Teilnehmende Ärzte erhalten 4 Fortbildungspunkte. Zum Programm und zur Anmeldung geht es [hier](#).

### KV-on: MFA sind viel mehr als die rechte Hand des Arztes

Medizinische Fachangestellte (MFA) sind in jeder Arztpraxis der erste Ansprechpartner für Patienten. Ein Video auf KV-on zeigt an einem Beispiel aus Sachsen, welche Aufgaben MFA haben und wie wichtig sie für den Praxisablauf sind. ([Videopodcast, 9. Januar](#))

### Hausärztemangel in Bayern: KV weist Behauptung der AOK zurück

Als wenig hilfreich für die Sicherung der hausärztlichen Versorgung hat der Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Bayerns jüngste Aussagen der AOK kritisiert. Die Krankenkasse hatte behauptet, dass im Freistaat bereits heute mehr Hausärzte pro Einwohner tätig seien, als von der KV Bayerns für die Zukunft prognostiziert. KV-Vorstandsvorsitzender Dr. Wolfgang Kromholz erwiderte, dass nur durch eine klare Definition des hausärztlichen Versorgungsauftrags nachgewiesen werden könne, wie es um die hausärztliche Versorgung der Bevölkerung tatsächlich bestellt sei. So seien in Bayern rund 18 Prozent der Hausärzte nicht der typischen hausärztlichen Versorgung zuzurechnen, da sie sich auf spezielle Themenfelder wie die Psychotherapie konzentriert hätten. Ohne diese Praxen ergebe sich ein Durchschnittswert von 1.666 Einwohnern pro Hausarzt. Kromholz rief die Kassen zudem auf, Verträge zur hausarztzentrierten Versorgung anzubieten. ([Pressemitteilung der KV Bayerns, 5. Januar](#))

## Aus den Verbänden

---

### Bundesärztekammer mahnt vor Stillstand in der Gesundheitspolitik

Der Präsident der Bundesärztekammer (BÄK), Dr. Frank Ulrich Montgomery, ruft alle Beteiligten dazu auf, sich mehr um die Finanzierungsfragen des Gesundheitssystems zu kümmern. Er will das Thema auch auf die Agenda des nächsten Deutschen Ärztetags setzen. Von der Politik fordert Montgomery: „Stillstand bedeutet Rückschritt – deshalb darf sich die Regierungskoalition nach Inkrafttreten des Versorgungsstrukturgesetzes keine gesundheitspolitische Auszeit nehmen. Sie muss die verbleibende Zeit bis zur Bundestagswahl nutzen, um akute Probleme in der Gesundheitsversorgung zu lösen und Konzepte für eine nachhaltige Finanzierung des Gesundheitswesens zu erarbeiten“, sagte er auf der Neujahrspressekonferenz der BÄK in Berlin. ([Pressemitteilung der BÄK, 11. Januar](#))

### Migrations-Wirrwarr in der Krankenversicherung

Ob mehr Versicherte von den privaten in die gesetzlichen Krankenkassen wechseln oder andersherum, darüber herrscht aktuell Uneinigkeit. Auslöser der Debatte ist ein Artikel im Magazin „Spiegel“, der berichtete, dass immer mehr Privatversicherte aufgrund der steigenden Prämien in die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) wechselten oder wechseln wollten. Einige gesetzliche Krankenkassen bestätigen diese Aussage mit ihren eigenen Zahlen. Der Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbands, Jürgen Graalman, sieht durch die gestiegenen Zahlen bestätigt, dass die PKV als Vollversicherung überholt sei und deren Zeit zuende gehe. Der Verband der privaten Krankenversicherung widerspricht den Zahlen und betont, dass jährlich immer noch mehr Versicherte von der GKV in die PKV wechselten. ([Spiegel, 9. Januar](#); [Pressemitteilung des AOK-Bundesverbands, 9. Januar](#); [Pressemitteilung des Verbands der privaten Krankenversicherung, 9. Januar](#))

### Hausarztzentrierte Versorgung: Nutznachweis fehlt

Die Gemeinschaft Fachärztlicher Berufsverbände (GFB) sieht keine Überlegenheit der hausarztzentrierten Versorgung gegenüber der bisherigen Versorgung. Der GFB fehlen die Beweise dafür. Sie wünscht sich vielmehr eine Förderung „der Kooperation zwischen Haus- und Fachärzten im Interesse der Patienten“. Die GFB reagiert damit auf eine Forderung von Prof. Attila Altiner, Leiter des Rostocker Instituts für Allgemeinmedizin. Altiner hatte sich für eine stärkere Rolle der Hausärzte innerhalb der Versorgung ausgesprochen. Die GFB bezeichnet seine Feststellungen zu dem Thema als „realitätsfern“ und seine Forderung als „klaren Affront gegen Fachärzte und Patienten“. ([Nordkurier, 2. Januar](#); [Pressemitteilung der GFB, 4. Januar](#))

### Bundesärztekammer fordert Abschaffung der Praxisgebühr

Vergiftet das Verhältnis zwischen Arzt und Patient, verursacht hohe Bürokratiekosten und hat keinen Steuerungseffekt: Die Praxisgebühr gehöre abgeschafft, fordert der Präsident der Bundesärztekammer (BÄK), Dr. Frank Ulrich Montgomery. Montgomery spricht sich auch gegen das Modell einer Bürgerversicherung aus, wie es SPD, Grüne und Linke fordern. Er sieht darin die Gefahr einer „Turbozündung in die Zweiklassenmedizin“. ([Agenturmeldung, 11. Januar](#); [Pressemitteilung der BÄK, 9. Januar](#))

#### KOMPAKT-Zahl der Woche: 60

In Deutschland leiden 60 Prozent der Männer an Adipositas. Im europäischen Vergleich haben Deutschland und England sogar den höchsten Anteil an Übergewichtigen und Fettleibigen. ([Pressemitteilung des Ärztlichen Zentrums für Qualität in der Medizin, 10. Januar](#))

## Aus der Presse

---

### Bedarfsplanung 2.0

Zum Thema Neuausrichtung der Bedarfsplanung hat das Deutsche Ärzteblatt einen Namensartikel des Vorstandsvorsitzenden der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Dr. Andreas Köhler, veröffentlicht. Köhler gibt darin einen kurzen Rückblick über die bisherige Bedarfsplanung und über relevante gesellschaftliche Entwicklungen. Außerdem stellt er die Hinweise des Gesetzgebers zur Neuausrichtung der Bedarfsplanung im Versorgungsstrukturgesetz vor sowie das Konzept der KBV. Köhler macht in dem Artikel deutlich, dass es neben der Bedarfsplanung andere Mittel geben muss, um dem Ärztemangel entgegen zu wirken: „Erst im Zusammenspiel mit Anreizsystemen, gezielten Fördermaßnahmen sowie verlässlichen Planungsbedingungen wird es gelingen,

Kolleginnen und Kollegen auch für weniger attraktive Standorte zu gewinnen.“ ([Deutsches Ärzteblatt, 6. Januar](#))

## Aus dem Terminkalender

---

- 09.01.2012 – [15. Wiedereinstiegskurs für Ärztinnen und Ärzte nach berufsfreiem Intervall](#)  
20.01.2012 Berlin
- 12.01.2012 Vertreterversammlung der KV Berlin  
Berlin, 20 Uhr
- 16.01.2012 [Spreestadt-Forum zur Gesundheitsversorgung in Europa](#)  
Berlin, 18-20 Uhr
- 25.01.2012 – [Kooperationstagung zum Thema: Arzneimitteltherapiesicherheit – Herausforderung für die ambulante Versorgung](#)  
Berlin, 13-17 Uhr
- 25.01.2012 – [Rechtssymposium des Gemeinsamen Bundesausschusses zum Thema: Mindestmengen in der gesetzlichen Krankenversicherung](#)  
Berlin, 10.30-16 Uhr
- 27.01.2012 – [2. Süddeutsche Fortbildungstage für Ärztinnen und Ärzte](#)  
28.01.2012 Augsburg
- 01.02.2012 Vertreterversammlung der KV Saarland  
Saarbrücken, 16 Uhr
- 01.02.2012 Vertreterversammlung der KV Sachsen  
Dresden
- 08.02.2012 Vertreterversammlung der KV Baden-Württemberg  
Stuttgart, 14 Uhr
- 11.02.2012 Vertreterversammlung der KV Westfalen-Lippe  
Dortmund, 10 Uhr
- 15.02.2012 Vertreterversammlung der KV Rheinland-Pfalz  
Mainz, 15.30 Uhr
- 15.02.2012 Abgeordnetenversammlung der KV Schleswig-Holstein  
Bad Segeberg
- 16.02.2012 Vertreterversammlung der KV Hamburg  
Hamburg, 20 Uhr
- 22.02.2012 Vertreterversammlung der KV Sachsen-Anhalt  
Magdeburg
- 27.02.2012 – [KBV Messe Versorgungsinnovation 2012](#)  
29.02.2012 Berlin
- 30.03.2012 – [8. Mitteldeutsche Fortbildungstage für Ärzte und medizinisches Assistenzpersonal](#)  
31.03.2012 Schkeuditz

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV

Tel: 030 4005-2207

Fax: 030 4005-2290

E-Mail: [online-redaktion@kbv.de](mailto:online-redaktion@kbv.de)

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs um 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php>